PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!

Arbeiter-Stimme

ZENTRALORGAN DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI OESTERREICHS

(OPPOSITION)

10 Nummern S 1·50 (inkl. Postzustellung)
Oesterr. Postsparkassenkonto Nr. 119.471

Redaktion und Administration:
XVI., Kirchstetterngasse 19/10, Tel. R-30-9-58

Preis 15 Groschen | Oktober 1930 | 4. Jahrgang, Nr. 61

Arbeit! Brot! Freiheit!

Der Korruptionist Strafella hat sein Amt angetreten. Den Eisenbahnern jede Art politischer Agitation zu verbieten, ist sein erster Schritt. Sein Ziel ist, 15.000 Eisenbahner abzubauen und durch Heimwehrler zu ersetzen, insbesondere auf den Strecken, wo Mussolini es braucht.

Dazu meldet die „Inprekorr":

«Ueber die Hintergründe der Strafella-Affäre in Oesterreich erfahren wir, daß bereits zur Zeit der Entdeckung des Waffenschmuggels von Italien nach Ungarn durch österreichische Eisenbahner in St. Gotthard an der steirisch-ungarischen Grenze die italienische Regierung an Oesterreich die Forderung stellte, die Grenzstationen mit «zuverlässigen» Eisenbahnern zu besetzen. Die Erfüllung dieser Forderung stieß auf Schwierigkeiten personaltechnischer Natur, so daß sich die Verhandlungen darüber in die Länge zogen.

Nun waren Mitte August dieses Jahres [illegible] in Graz, um mit dem ihnen vom steirischen Landeshauptmann Rintelen, dessen Beziehungen zum italienischen Kapital bekannt sind, empfohlenen Strafella zu verhandeln. Kurz darauf trat der österreichische Heeresminister Vaugoin mit dem italienischen Gesandten in Wien, Auriti, in Verhandlungen über denselben Gegenstand.

Es wurde nun vereinbart, daß nicht nur alle Grenzstationen, sondern auch die Italien besonders interessierende Strecke zwischen Tarvis und St. Gotthard mit Heimwehreisenbahnern besetzt werden sollen. Zur Durchführung dieser Maßnahme sollte Strafella, mit dem sich die Italiener geeinigt hatten, Generaldirektor werden.

Außerdem wurde vereinbart, daß zum Schutze der italienischen Waffentransporte nach Ungarn und zur Kontrolle der Transporte aus der Tschechosowakei, die hauptsächlich aus den Skodawerken nach Jugoslawien gehen, ein Ausschuß aus Funktionären der Heimwehren, der Eisenbahnerwehr, unter Mitwirkung von in diesen Fragen erfahrenen Offizieren gebildet wird. Dieser Kontrollausschuß funktioniert bereits und amtiert in Wien, I., Herrengasse 2, in demselben Hause, wo der Führer der habsburgischen Kroaten, Generalobherst Sarkotic, wohnt, der die oberste Leitung dieses Ausschusses innehat.

Als Vaugoin nun auf die Ernennung Strafellas bestand, wehrte sich Schober dagegen, da ihm diese Verhandlungen bekannt waren und er außenpolitische Komplikationen fürchtete.

Um seine Position zu stärken, machte Schober darüber auch den Sozialdemokraten Mitteilung, die jedoch dieses Material nicht veröffentlichten, um nicht die außenpolitischen Interessen Oesterreichs zu gefährden.»

Das ist der wahre Sachverhalt, der von keiner Seite bestritten, von allen Seiten aber — totgeschwiegen wird. Auch von der „Arbeiter-Zeitung".

In diesem Lichte wird der christlichsoziale Wahlschlager von der

Elektrifizierung der Eisenbahnen

etwas klarer. Dieselben Christlichsozialen, die die Elektrifizierung der Eisenbahn wütend bekämpft und verhindert haben — jene Herrschaften, die von den Kohlenmagnaten in der Tschechoslowakei so große Präsente bekommen haben, um die Elektrifizierung zugunsten der tschechischen Kohle zu verhindern, habenn diese Präsente im Dienste der christlichsozialen Regierung eingesackt — dieselben Christlichsozialen kommen jetzt auf einmal mit dem Ruf nach der Elektrifizierung. Ein Wahlschlager zum Einfangen von Gimpeln. Ein Körnchen Wahrheit steckt aber drin. Mussolini verlangt die Elektrifizierung gewisser Teilstrecken aus militärischen Gründen (Unabhängigkeit von tschechischer Kohle im Kriegsfall!) und um dem italienischen Kapital, das in einer außerordentlich schweren Krise steckt, etwas Betätigung zu geben.

Die Christlichsozialen haben jede Hülle abgeworfen und zeigen ganz offen ihr faschistisches Gesicht: „Kopf hoch, den Blick voran und die Faust bereit!", so schließt der christlichsoziale Wahlaufruf.

So führen sie auch den Wahlkampf. Trotz des Aufmarschverbotes lassen sie die Heimwehr aufmarschieren.

Die Verhandlungen zwischen der Heimwehr und den Nazis, geführt vom christlichsozialen Justizminister Dr. Hueber höchstpersönlich mit Hitler, haben gezeigt, daß Christlichsoziale samt Heimwehr genau dasselbe wollen wie die Nazi: die Aufrichtung der faschistischen Diktatur. „Nur deswegen, weil wir uns in den Fragen der Taktik nicht einigen konnten, sind die Verhandlungen gescheitert," sagt Dr. Hueber. Sie ziehen es vor, im Wahlkampf getrennt zu marschieren, um die Wähler leichter einzufangen, dann aber vereint zu schlagen, um die faschistische Diktatur in Oesterreich aufzurichten. Allerdings bestehen zwischen ihnen ernste faktische Unterschiede über das politische Ziel der faschistischen Diktatur: hie Habsburg, dort Hohenzollern.

Vom

Schoberblock

verspricht sich die Bourgeoisie, daß er jene bürgerlichen und kleinbürgerlichen Elemente, die nicht mit den Christlichsozialen gehen wollen, auffangen werde. Der Schoberblock ist antimarxistisch: er steht auf dem Boden des Faschismus. Er hat etwas andere Auffassungen über die Möglichkeit, die Konterrevolution legal noch weiter vorzutreiben. Er hat vor allem eine andere außenpolitische Einstellung. Die Christlichsozialen sind orientiert auf Mus-

Verteidigung der Sowjetunion!

Gegen die kapitalistische Wirtschaftsoffensive!

Wir haben letzthin berichtet, daß die kapitalistische Presse die russische Ausfuhr als «Dumping» verschreit, das heißt als Schleuderausfuhr, als Ausfuhr unter den Selbstkosten. Diese Kampagne wächst sich nun zu einer planmäßigen Wirtschaftsoffensive aus, der gesamten kapitalistischen Presse, hinter der die kapitalistischen Regierungen stehen, Frankreich voran.

Die Weltwirtschaftskrise ist der Bourgeoisie überall in die Glieder gefahren. Die Absatzschwierigkeiten werden immer größer, die Massenunzufriedenheit wächst. Die Kapitalisten versuchen, von sich abzulenken und schreien schuld sei — das sowjetrussische «Dumping».

Wir glauben nicht den stalinistischen Schönfärbern, die herumschwadronieren, Stalin habe die Produktivität der russischen Wirtschaft so gesteigert, daß er billiger produzieren und verkaufen könne als die Kapitalisten. Dennoch aber kann Stalin Rohprodukte zu billigeren Selbstkosten liefern als die Kapitalisten; noch immer — trotz Stalin — besteht die Sowjetmacht, ist die Grundrente ausgeschaltet und fallen auch die großen Gewinne der Zwischenhändler weg, die den kapitalistischen Handel belasten.

Im Vergleich zu den Riesenmassen und den Riesensummen des Welthandels spielt die gesamte sowjetrussische Ausfuhr eine geringfügige Rolle und diese Ausfuhr ist kleiner als die Einfuhr. Es ist klar, daß, wenn Sowjetrußland einführt, es auch ausführen muß.

Das alles wissen die Kapitalisten sehr genau. Aber einerseits sind sie durch die Wirtschaftskrise so empfindlich, daß ihnen die russische Ausfuhr trotzdem nicht paßt. Andererseits aber und vor allem benützen sie das als gewünschte Gelegenheit, die Massenunzufriedenheit in den kapitalistischen Ländern auf die Sowjetunion abzulenken und auf das Geleise der kapitalistischen Wirtschaftsoffensive gegen Sowjetrußland umzuleiten.

Es ist kein Zufall, daß Frankreich da führend ist. Die französische Industrie hat sich gewaltig entfaltet. Obwohl Frankreich heute der bestfundierte kapitalistische Staat in Europa ist, stößt infolge der Wirtschaftskrise nun auch die französische Industrie auf Absatzschwierigkeiten. In Zentraleuropa ist nichts abzusetzen. Der beste Ausweg scheint den französischen Kapitalisten der russische Markt. Darum Wirtschaftsoffensive, die Sowjetrußland den wirtschaftlichen Aufbau unmöglich machen, das Außenhandelsmonopol durchbrechen und schließlich, gekrönt von einer militärischen Offensive, die Sowjetmacht niederwerfen soll.

Sowjetrußland muß ausführen. Die sowjetrussische Ausfuhr ist keine Schleuderausfuhr. Wir lassen übrigens nicht den geringsten Zweifel: Die Methode des «Dumping» ist eine gute kapitalistische Methode, die die Kartelle gegen schwache Kapitalisten und die Riesentrusts gegen schwache Kartelle anwenden. Wir sehen gar keinen Grund ein, warum ausgerechnet Sowjetrußland nicht Methoden, die die Kapitalisten im Konkurrenzkampf gegeneinander anwenden, im Konkurrenzkampf gegen die Kapitalisten anwenden dürfte. Wir würden im Gegenteil den Moment begrüßen, wenn Sowjetrußland schon so weit wäre, daß es die Kapitalisten mit ihren eigenen Methoden niederkonkurrieren könnte.

Die ganze kapitalistische Hetze gegen das sowjetrussische «Dumping» ist ein Schwindel zur Irreführung der Massen, zur Bedrohung der Sowjetmacht.

Sowjetrußland braucht für seinen Aufbau Riesenmengen von Maschinen und dergleichen. Alle Artikel, die es gerade aus den Ländern, die von der Massenarbeitslosigkeit betroffen sind, am besten und billigsten beziehen kann. Aber selbstverständlich nur, wenn und solange es mindestens im gleichen Maße ausführen kann.

Was die arbeitenden Massen, was insbesondere die arbeitslosen Massen brauchen, ist nicht die Schwindelkampagne gegen das russische «Dumping», sondern eine Kampagne zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Sowjetrußland, zur Steigerung des gegenseitigen Wirtschaftsverkehrs mit der Sowjetunion. Das würde vielen hunderttausend Arbeitern Arbeit schaffen. Das würde der Sowjetunion, dem Hort der Arbeiter der ganzen Welt, den wirtschaftlichen Aufbau erleichtern, den Kapitalisten zum Trutz, allen Arbeitern zum Nutz!

Wir haben allerdings einen Fehler an Stalins Getreideausfuhr ausgesetzt und diesen Stalinschen Fehler bekämpfen wir auch heute. Mag er die Ausfuhr von Holz, Naphtha usw. aufs äußerste steigern, das ist ausgezeichnet. Etwas anders steht es mit dem Getreide. Daraus wird Mehl gemacht und aus Mehl Brot...

Die Stalinschen Schönfärbereien sind ein Unsinn und schwerer Fehler. Es ist ein Unsinn und ein grober Fehler, Sowjetrußland schönfärberisch den Arbeitern als eine Art Paradies darzustellen. Es ist wichtig und notwendig, allen Arbeitern immer wieder die ausschlaggebende Bedeutung der Sowjetmacht aufzuzeigen für das Weltproletariat und sie so, ihnen die volle Wahrheit über die wirkliche Lage sagend, für die Sowjetmacht zu mobilisieren. Umgekehrt lullt man die Arbeiter ein.

Es ist Unsinn und schwerer Fehler, schönfärberisch zu erzählen, daß es den russischen Arbeitern glänzend geht. Und es ist ein Unsinn und schwerer Fehler, wenn Stalin Getreide exportiert, das er den Arbeitern vom Munde wegnimmt, nur um das abenteuerliche Tempo seines Aufbauplanes aufrecht zu erhalten. Es wäre richtiger, den wirtschaftlichen Aufbau im Einklang zu halten mit den wirklichen Kräften Sowjetrußlands, mit den wirklichen Kräften der russischen Arbeiterklasse, dann würden die riesigen Schwierigkeiten, die durch den Abenteurerkurs Stalins hervorgerufen werden, wesentlich kleiner.

Maschinen sind für den russischen Aufbau entscheidend wichtig. Ohne Maschinen geht es nicht. Aber was nützt die größte Zahl bester Maschinen, wenn sie infolge mangelhafter Ernährung der Arbeiter nicht genügend ausgenützt werden können! Lieber den Nahrungsstandard der russischen Arbeiter heben, lieber darum weniger Getreide ausführen, selbst um den Preis, daß der Maschinenbestand Sowjetrußlands etwas langsamer wächst. Diese Methode ist besser, nicht nur vom Standpunkt der Lebenshaltung des Arbeiters, sondern auch vor allem vom Standpunkt der Sicherheit der Sowjetmacht als proletarische Macht! Die Forcierung des Aufbaues über die Kräfte der russischen Arbeiterklasse hinaus schwächt die Sowjetmacht, statt sie zu stärken.

Vor kurzem hat Stalin die Arbeitslosenunterstützung aufgehoben. Angeblich, weil es keine Arbeitslosen mehr gibt. Mit Verlaub: wenn es keine Arbeitslosen mehr gibt, warum kann die Arbeitslosenversicherung nicht auf dem Papier ruhig weiter bestehen? I... Paar Tage darauf hieß es: Jetzt haben die Arbeitsbörsen die Aufgabe, die Arbeitskräfte zu sammeln (aber es gibt doch keine Arbeitslosen! ...) und sie dorthin zu bringen, wo sie gebraucht werden.... Wenn die Arbeitsbedingungen wirklich so glänzend wären, wie die Stalinschen Blätter unsinniger- und schädlicher Weise schönfärberisch berichten, dann könnte es doch nicht schwer sein, sie in die Betriebe zu ziehen und ihre Verteilung auf die verschiedenen Betriebe könnte keine so schwere Sache sein. Dann wäre es gewiß nicht nötig, zu der so außerordentlich schweren Maßnahme zu greifen, «die Arbeiter zu sammeln und dorthin zu bringen, wo sie gebraucht werden ...». Deutlicher als alles zeigen die Maßregeln, zu denen Stalin greift und dank seines Kurses greifen muß, die wahre Lage der russischen Arbeiter und wie er je weiter desto mehr die Sowjetmacht gefährdet. Es ist höchste Zeit, den Stalinismus zu überwinden durch den marxistisch-leninistischen Realismus!

Für die Verteidigung Sowjetrußlands! Gegen die kapitalistische Wirtschaftsoffensive, die Sowjetrußland bedroht! Für die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Sowjetrußland zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit, für Beschaffung von Arbeit für unsere Arbeitslosen durch Steigerung des Wirtschaftsverkehrs mit Sowjetrußland! Gegen den Stalinismus, zur Förderung des wirtschaftlichen Aufbaues der Sowjetunion, zur Stärkung der Sowjetmacht! Für den Leninismus, für die internationale revolutionäre Realpolitik!

solini—Horthy, der Schoberblock auf Hindenburg. Im wesentlichen, im grundsätzlichen, ist der Schoberblock mit den Christlichsozialen vollkommen eins: ihrem Zusammengehen nach den Wahlen zum gemeinsamen Ziel, der Aufrichtung der offenen, kapitalistischen Diktatur, steht nichts im Wege.

Es ist grundfalsch, zu meinen, daß die Wahlen das Um und Auf der Bourgeoisie seien.

Zunächst einmal haben die Christlichsozialen, die Verfassung brechend, die Heeresparlamentskommission abgeschafft. Sie wollen sich in keiner Weise in die Wehrmacht hineinschauen lassen ....

Gleichzeitig wollen sie sich mit einem anderen Verfassungsbruch die Möglichkeit sichern, das Budget dem Nationalrat nicht vorzulegen und dennoch selbst noch im Jänner und Februar ohne gesetzliches Budget wirtschaften zu können ....

Für alle Fälle aber haben sie Pabst, den früheren Stabschef der Heimwehr, nach Steinamanger, hart an die österreichische Grenze, gesetzt, wo er die innigste Verbindung mit dem ungarischen und italienischen Generalstab unterhält.

So also winden die Christlichsozialen den faschistischenn Strick um den Hals der österreichischen Arbeiter immer enger, mit der Absicht, ihn im geeigneten Augenblick festzuziehen.

Es geht jetzt nicht nur um die Arbeitslosenversicherung, um den Abbau von 15.000 Eisenbahnern, um den Raub von 40 Millionen an der Gemeinde Wien durch eine „Reform" des Abgabenteilungsgesetzes und um den Rest des Mieterschutzes. Sie wollen jetzt die österreichischen Arbeiter im wahren Sinn

vollkommen versklaven,

die jetzt schon furchtbare Ausbeutung ist ihnen noch zu wenig, sie wollen dem Kapital die

schrankenloseste Ausbeutung

der Arbeiter sichern und der Monarchie den Boden ebnen.

Die Sozialdemokratie hat durch ihre Politik diesen Aufstieg der Bourgeoisie, diesen Aufstieg des Faschismus ermöglicht, erleichtert.

Die Sozialdemokratie hat uns Kommunisten, als wir 1918/20 warnten, als wir die praktischen Maßnahmen forderten, die diese Entwicklung unmöglich gemacht hätten (z. B. die Einstellung von sechstausend klassenbewußten Arbeitern in die Wiener Polizei und die Besetzung aller Kommandostellen mit dem Proletariat verläßlichen Männern), zugerufen: „Die Kommunisten sehen

weiße Mäuse"! ...

Die Sozialdemokratie hat nichts gelernt und nichts vergessen. Ihre Koalitionspolitik, die die Arbeiter so tief und die Bourgeoisie so hoch gebracht hat, setzt sie auch heute fort. Selbst das bloße Wort „Klassenkampf" hat sie in ihrem Wahlaufruf unterlassen. Alles was sie tut, zielt darauf, die Bourgeoisie zu beruhigen, daß sie von der Sozialdemokratie nicht zu fürchten habe. Sogar wenn ihr die Wahlen die Mehrheit bringen sollten, erklärt sie feierlich, wird sie ihre bisherige Koalitionspolitik fortsetzen.

Aber die Bourgeoisie ist über die Sozialdemokratie wirklich „beruhigt". Sie weiß, daß sie von einer Partei, die dem Arbeiter einredet, „in wenigen Wochen kommt der Tag, der muß alles ändern mit einem Schlag" („Arbeiter-Zeitung" am 12. Oktober), nichts zu fürchten hat.

In der Tat, die Sozialdemokratie setzt

alles auf den Stimmzettel.

Die Bourgeoisie versucht das Stimmzettelglück, aber baut auf viel stärkere Waffen.

Nicht von der Sozialdemokratie kann die Wendung kommen. Die Wendung kann nur kommen durch die Gesundung der Kommunistischen Partei. Mag die stalinistische Führung noch so schlecht sein, mag die stalinistische Taktik noch so unzulänglich sein, die Kommunistische Partei ist allein die Partei, die einzige Partei des proletarischen Klassenkampfes. Sie hat große Schwächen, eben die stalinistische Linie, die stalinistische Taktik, die stalinistische Bureaukratie. Diese Schwächen müssen überwunden werden und werden überwunden werden durch die Hilfe der Massen. Auch die Wahlen müssen die Massen dazu benützen. Darum müssen die Arbeiter ihre

Stimme der Kommunistischen Partei

geben. Darum müssen die Arbeiter der linken Opposition helfen, die Kommunistische Partei zu gesunden, sie zu dem machen, was die Arbeiterklasse braucht: zur ernsten proletarischen Klassenpartei.

Darum müssen die Massen die Aktionen der Kommunistischen Partei unterstützen. Mag die Taktik, mag die Führung der Kommunistischen Partei noch so unzulänglich sein, nur die Kommunistische Partei allein will Massenaktionen mit dem ernsten Willen zu kämpfen. Und nur durch Massenaktionen allein können die Massen das Schicksal wenden.

Nur Massenaktionen stürzen die faschistische Regierung, besiegen den Faschismus!

Nur Massenaktionen öffnen den Weg zu Arbeit, Brot, Freiheit!

Nur Massenaktionen bringen wirklich die Arbeiterklasse zur Macht!

Nur Massenaktionen erkämpfen die Arbeiter- und Bauernregierung!

Nur Massenaktionen führen zur Aufrichtung eines Sowjetösterreich!

Wir verkennen nicht ...

«Wir verkennen nicht, daß Gewerkschaften und Unternehmerverbände an der Verbesserung der Lage unserer Industrie und unseres Gewerbes zusammenwirken müssen!» So heißt es im sozialdemokratischen Wahlaufruf.

Sie verkennt also nicht, die Sozialdemokratie, daß die Lösung der Krise auf Kosten der Arbeiter erfolgen soll. Denn «Zusammenwirken» an der «Verbesserung der Lage unserer (!!) Industrie» heißt: Verschärftes Arbeitstempo, Hungerlöhne, Lohnsenkungen (Steyr!) usw. Das verkennt die Sozialdemokratie also nicht und winselt die Bourgeoisie an: «Wenn wir Dir schon so behilflich sind, so sei doch wenigsten so «anständig» und «arbeite» mit uns zusammen! Stoß doch die Arbeiter nicht so vor den Kopf! Für ihre Verdienste um die Erhaltung der kapitalistischen Ordnung erhofft sich die Sozialdemokratie die «Dankbarkeit» der Bourgeoisie und begreift nicht, daß alles, was sie bisher für den Kapitalismus geleistet, heute der Bourgeoisie nicht mehr genügt. Denn die Sozialdemokratie allein bietet eben der Bourgeoisie nicht mehr die Gewähr dafür, daß sich nicht eines Tages die von ihr irregeführten Arbeitermassen doch erheben, wenn ihnen der Strick an die Gurgel gelegt wird (15. Juli!). Deshalb nimmt sich die Bourgeoisie jetzt die Faschisten zu Hilfe und, anstatt nach demokratischem Geflöte, soll die Arbeiterschaft nach den Schlägen des Faschistenknüppels tanzen. Soweit hat die Sozialdemokratie mit ihrem «Zusammenwirken» in den zwölf Jahren seit 1918 die Arbeiterklasse gebracht!

Ein Wahlzucker!

Die Gemeinde plant einige Notstandsarbeiten durchführen zu lassen, die zusammen 10 Millionen Schilling erfordern und rund 2000 Arbeitern Arbeit schaffen werden. Die Zahl der Arbeitslosen beträgt gegenwärtig rund 300.000. Also ein Tropfen auf den heißen Stein. Und das nennt die Sozialdemokratie „das große Notstandsprogramm zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit". In Wirklichkeit ist es ein Wahlzuckerl.

Der „Fehler" von 1918

m. Viele Arbeiter, die sich die heutige Lage, die drohende faschistische Gefahr wirklich klar machen, kommen auf 1918 zurück und erkennen in der damaligen Politik der Sozialdemokratie eben jenen „Fehler", wie sie meinen, der letztlich den Schlüssel zum Verständnis der heutigen Lage bildet: daß nämlich die Sozialdemokratie 1918 am ganzen reaktionären Machtapparat nichts änderte, daß sie die monarchistisch-reaktionäre Bureaukratie in Amt und Würden, Polizei, Heer, Gendarmerie in den Händen von monarchistischen Offizieren und Beamten ließ usw. Es sei eben ein „Fehler" gewesen, den ihre Führer damals gemacht, meinen viele Arbeiter. Und „linke" Funktionäre arbeiten geschickt mit diesem „Fehler"-Argument: niemals werde dieser Fehler wiederholt werden, wenn die Sozialdemokratie erst wieder an der Macht sei ....

Nun schafft Renner in dieser entscheidenden Frage selbst die nötige Klarheit. Er erklärt nämlich („Arbeiter-Zeitung" vom 18. Oktober) klipp und klar: Daß die Sozialdemokratie 1918 beim reaktionär-monarchistischen Staats- und Machtapparat alles beim alten ließ, ist volle Absicht, sei Methode gewesen!

Als ob dieser ganze reaktionäre Apparat bis 1918 nicht das Herrschaftsinstrument der monarchtistischen Bourgeoisie gewesen wäre!

Aber hören wir Renner selbst an:

> Anstellung und Beförderung im öffentlichen Dienste sollen von der politischen Gesinnung unabhängig sein, und umgekehrt politische Gesinnung die Dienstesleistung nicht beeinträchtigen!
>
> Wir Sozialdemokraten haben in unserer Regierung diesen Grundsatz sehr ernst genommen. Ich habe als Kanzler, als ich das Amt antrat, dort auch nicht einen Parteifreund vorgefunden; ich habe in der Begrüßungsansprache vorausgesetzt, daß die Mehrzahl der Beamten wohl Monarchisten seien, habe von ihnen kein Gesinnungsopfer gefordert und bloß gesagt: «Ich vertraue der Zeit und ihrer Erfahrung im Dienste, diese werden Sie mit der neuen Staatsform vertraut machen. Ich verlange nichts als Treue im Dienste.» Die Beamten und ich, ich weiß das, sind beide dabei gut gefahren.

Sehr gut! Beide sind gut dabei gefahren: der monarchistische Beamte, Offizier, Richter usw. hockt heute noch dort, wie vor 1918 — und Renner geht es schließlich auch nicht schlecht! Aber wie stehts mit der Arbeiterklasse? Wie ist die dabei gefahren?

Aber Renner setzt fort:

> «Nach unserer Zeit aber hat man alle, die Sozialdemokraten oder auch nur freiheitlich zu denken verdächtig waren, aus allen leitenden Stellen hinausgedrängt.»

Wie unmoralisch! Die Bourgeoisie ersetzte eben die „schwankenden" Elemente wieder mit verläßlichen Parteigängern; sie als herrschende Klasse weiß eben, wie man einen Apparat aufbaut! Viel besser als die Renner & Co., die den 1918 übernommenen Apparat („die Mehrzahl Monarchisten") so ließen, wie er war.

Sie vertrauten der „Zeit" — aber unterdessen flogen sie aus der Koalition: die Bourgeoisie, die sich 1918 verkrochen hatte, fühlte sich wieder stark genug, das Heft selbst in die Hand zu nehmen, anstatt es ihren Lakaien zu überlassen.

Selbst bei der Gemeinde Wien, also ihrer eigentlichsten Herrschaftsdomäne, rühmt Renner, hätten es seine Freunde im Wiener Rathaus so gehalten! Jawohl, sie haben es so gehalten: die alte Lueger-Kamarilla regiert heute in den städtischen Bureaus wie ehedem, der widerlichste Karrierismus paart sich mit scheinbarer politischer Umstellung! Die wenigen Neuaufgenommenen haben nichts zu plaudern, die dürfen schuften — und die wirkliche Macht in den städtischen Bureaus und Betrieben liegt in den Händen der alten Bureaukratie. Dabei laufen tausende abiturierte Arbeiterkinder, proletarische Studenten, Industrieangestellte usw. stellenlos und hungernd herum! Aber wenn sie sich dann bei den städtischen Aemtern als Fürsorgeobjekte anstellen dürfen, da genießen sie dann die Früchte dieses „Fehlers" von 1918: sie befinden sich, was die leitenden Stellen anbelangt, genau denselben arbeiterfeindlichen Elementen gegenüber wie einst!

Kein „Fehler" also war es, was die Sozialdemokratie 1918 in dieser entscheidenden Frage gemacht — und kein „Fehler" wird künftig verbessert werden: es war bewußte, gewollte Erhaltung des alten reaktionären Apparats, in dem die entscheidenden Stellen mit verläßlichen Vertrauensleuten der Bourgeoisie, wie Schober usw., besetzt blieben! Denn die Sozialdemokratie wollte „aus öffentlichen Dienststellen kein politisches Herrschaftsinstrument machen" — und hatte dabei den konzentrierten Machtapparat der Bourgeoisie vor sich! Und morgen an der „Macht", d. h. in der Koalition, wird die Sozialdemokratie an diesem Staats- und Machtapparat nie und nimmer etwas Entscheidendes ändern: wie 1918 — so immerdar! —

Das Verhalten der Sozialdemokratie in dieser grundsätzlichen Frage ist natürlich nichtzufällig. Es hängt ganz eng mit der Frage des Klassencharakters der Sozialdemokratie zusammen.

Ministerial- und Lokalbureaukratie, Polizei, Gendarmerie, Heer, das ganze Offizierskorps, die Justizverwaltung usw. sind streng klassenmäßig, d. h. im Klasseninteresse der Bourgeoisie, im Interesse der Erhaltung der kapitalistischen „Ordnung", zusammengesetzt und aufgebaut. Warum nun ändert die Sozialdemokratie nichts an diesem Apparat?

Weil er ihr klassenmäßig nicht fremd ist, weil sie nur als kleinbürgerliche Konkurrentin auftritt, die auf demselben Boden steht wie die großbourgeoisen Parteien: auf dem Boden des Kapitalismus!

Die Arbeiter aber müssen klar erkennen, was sie seit 1918, seit dem 15. Juli usw. immer mehr fühlen: mit diesem reaktionären Machtapparat, den die Sozialdemokratie unangetastet ließ und immer lassen muß! — hat die Arbeiterklasse nichts zu schaffen! Sie muß ihn zerstören und muß und wird sich unter Führung ihrer Klassenpartei ihren proletarischen Staatsapparat aufbauen.

Abrüstung — durch wen?

Ueber die innere Abrüstung sagt die Sozialdemokratie in ihrem Wahlaufruf:

> «Wenn wir Sozialdemokraten aus diesen Wahlen so stark hervorgehen, daß wir die Führung der Regierung übernehmen können, dann werden wir alle ehrlichen Demokraten im Lande dazu einladen, mit uns gemeinsam die vollkommene innere Abrüstung unter den stärksten Bürgschaften ehrlicher Gegenseitigkeit und unter gegenseitiger Kontrolle durchzuführen. Alle Selbstschutzverbände auf beiden Seiten werden gleichzeitig aufgelöst, alle militärischen Aufmärsche dieser Formationen, die immer wieder Beunruhigung erzeugen und dem staatlichen Sicherheitsdienst ungeheure Kosten verursachen, werden verboten, alle Waffen dieser Formationen eingezogen und vernichtet werden!»

Mit Verlaub: um aufzulösen, zu verbieten, Waffen einzuziehen usw. braucht man einen verläßlich arbeitenden staatlichen Apparat! Wie steht es aber mit diesem Apparat, den die Sozialdemokratie 1918 nach Renners Geständnis ganz bewußt so ließ, wie er war — und den sie nach diesen Wahlen wieder so lassen wird, wie er jetzt eben ist, das heißt reaktionär-monarchistisch-faschistisch? Mit diesem Machtapparat will die Sozialdemokratie zum Beispiel die Heimwehr auflösen und und abrüsten! Jeder Arbeiter sieht ganz klar: nimmt die Bourgeoisie nach diesen Wahlen die Renner & Co. zu einem kurzen Koalitionszwischenspiel in die Regierung, so wird sie eben mit ihrer Hilfe die Arbeiterschaft noch des Letzten berauben, das sie sich zu ihrer Verteidigung beschafft hat! Denn mit diesem faschistisch verseuchten, reaktionären Staatsapparat ist ein anderes Ergebnis einer Abrüstung nicht zu erzielen — und an diesem reaktionären Apparat will und wird die Sozialdemokratie nichts ändern, wie 1918!

Zuerst mit Hilfe des demokratischen Büttels, d. h. der Sozialdemokratie, die Arbeiterschaft vollständig wehrlos machen, um sie dann vom faschistischen Büttel besser niederschlagen lassen zu können — wobei einige Hiebe auch den demokratischen Büttel treffen werden — das nur wäre der Zweck der Politik der Bourgeoisie, wenn sie nach dem 9. November die Koalition macht!

STEIERMARK

Mussolinien in Oststeier

Am Sonntag, den 19. Oktober, veranstaltete die Heimwehr durch den Ort Gnas bei Feldbach einen Durchmarsch.

In Reih und Glied zogen die Faschistenhorden. Fast alle Formationen mit Gewehr und blanken Bajonetten.

Dagegen hilft nur der revolutionäre Massenkampf und keine Stimmzettel!

Ein Bauarbeiter.

Ein Heimwehr-„Kamerad"

Der Besitzer und Obsthändler Anton Grießbe in Laßnitzhöhe ist der Kommandant der dortigen Heimwehr.

Er hat so zirka zwölf Bedienstete. Darunter einige Federhelden. Seinen Knechten — also seinen deutschen Volksgenossen —, die von früh 4 Uhr bis in die späte Nacht unter ständiger Antreiberei schuften müssen, zahlt der feine Mann pro Monat 30 Schilling.

Er steckt das Geld ein und die anderen schuften .. So stellen sich die Herren Heimatschützler die Arbeitsteilung vor.

Ein roter Bauernknecht.

Ein Lehrlingsfreund

Der Tischlermeister Anton Lolominsky, Graz, Kasernstraße 3, ist wirklich ein höchst gemütlicher Mann mit feinen Umgangsformen. Daß er keine Ueberstunden seinen Lehrlingen zahlt, ist bekannt. Die armen Teufel müssen sogar Samstag nachmittag bis spät abends schuften. Oft erhalten sie dann auch nicht einmal den ihnen gebührenden Wochenlohn. Als einer unlängst um seinen Verdienst bat, versetzte ihm Lolominsky eine schallende Ohrfeige. Er scheint überhaupt etwas kurzsichtig zu sein und seine ihm anvertrauten Lehrbuben als Praterwatschenmänner anzuschauen. Ein Lehrbub gibt an, in einer Woche mindestens vierzig Ohrfeigen erhalten zu haben .... Es ist allerhöchste Zeit, daß die Lehrlingsschutzstelle sich dieses Mannes wärmstens annimmt!

Die Jungsportler Eggenbergs.

Herr Amtsleiter Kral

Die Eggenberger Ausgesteuerten kennen ihn sehr gut. Obwohl er Sozialdemokrat ist, sind seine Handlungen alles eher als sozialistisch.

Er brüllt und plärrt wie ein Almstier, wenn ein Bedürftiger um eine Unterstützung kommt. Will ein Arbeitsloser zum Bürgermeister, so wehrt er mit allen Mitteln ihm den Zutritt.

Wer weiß, ob der rote Bürgermeister immer von den Handlungen seines Sekretärs informiert ist ...

Unlängst wies er einem Krüppel, dessen linke Hand steif ist, eine Arbeit auf einem Steinbruch zu, wo er mit einem Arm Schaufel und Schlegel gebrauchen sollte. Am selben Tag sandte er einen arbeitslosen Jugendlichen, der 48 Kilo wiegt, auf den Steinbruch zu einer Arbeit, die vollkräftige Männer, aber nicht ausgehungerte Ausgesteuerte beansprucht.

Er ist wirklich ein feiner Vogel, der Herr Amtsleiter Kral!

Die Eggenberger Ausgesteuerten.

An die Arbeiterkorrespondenten

Es wird viel zu wenig von Euch geschrieben. Immer hört man, daß es zu wenig Material gebe. Daß ich nicht lache, Genossen! Das proletarische Leben ist so voll von tausenderlei Ereignissen, die unsere Klasse interessieren, von Vorkommnissen, die aufgezeigt werden müssen, daß die «Arbeiterstimme» viel, viel zu klein wäre, wenn man alles schreiben würde.

Ein Wachmann, der einen Betrunkenen prügelt — Ein Hahnenschwänzler, der provoziert — der Hausherr, der glaubt, sich schon alles erlauben zu können — und vor allem alles, was im Betrieb, in den Arbeitslosenstellen vorkommt — hinein in die «Arbeiterstimme»!

Die «Arbeiterstimme» — sie ist das Organ der revolutionären Arbeiterschaft Oesterreichs — sie ist das Sprachrohr, in dem das Proletariat seine Leiden, sein Erleben — seine Kämpfe wiedergeben soll. Wo der Prolet seine Not hinausbrüllt in die Arbeiteröffentlichkeit, auf daß die Dumpfheit aus den Elendsgassen weiche und dem leninistischen Kampfgeist Platz mache.

Genossen, helft mit, die Arbeiterschaft zu erwecken! Seid Tag und Nacht mit dem Notizblock bereit! Das Allerwichtigste sind: Leserlich geschriebene, wahrheitsgemäße Angaben, die Datum, Namen, Zeugen und Vorfall enthalten müssen.

Wir Arbeiterkorrespondenten sind die Pioniere der revolutionären Presse! Darum mit doppelter Kraft an die Arbeit.

Der Vorsitzende der steirischen Arbeiterkorrespondenten:
Genosse E.

Sklavenhalterei

Steinbrucharbeit ist eine der schwersten, aufreibendsten Schindereien, die alle Kräfte aus dem Proleten saugt. Zwischen Gössing und Eggenberg liegt der Plabutscher Steinbruch. Wer bei dem Gasthaus «Blaue Flasche» vorübergeht, ahnt wohl nicht, daß wenige Minuten über ihm am Berg ein Revier ist, gegen das die altrömische Sklaverei in den Marmorbrüchen eine Kinderspielerei war.

Dort hat die Firma Deutsch & Krautz ihren Sitz aufgeschlagen. Bei der ärgsten Antreiberei verdienen die Steinbrucharbeiter in der Stunde sage und schreibe sechzig Groschen! An der steilen Felswand geklammert, hängen die Proleten über dem Abgrund. In dieser Stellung, wo jeder Fehltritt den tödlichen Absturz herbeiführen kann, muß nun der Hammer und Schlögel gehandhabt werden.

Bei den Sprengungen aber gibt es vollkommen ungenügende Schutzvorrichtungen. Erst vor kurzem wieder hat es einem Proleten, Franz Reicher, den Fuß arg gequetscht.

Furchtbarste Anstrengung ... ständige Lebensgefahr ... und für alles 60 Groschen!

Ein Steinbrucharbeiter!

Die erste Bresche in die Mahnrufverleumdung geschlagen

Die Grazer Bezirksleitung der Mahnrufgruppe erklärt in aller Oeffentlichkeit, daß sie für ihre ungeheuerlichen Lügen über Genossen Kernmayr keine Beweise hat

In Nr. 31 des Mahnruf, für welchen Daniel als Herausgeber, Verleger und verantwortlicher Redakteur zeichnet, erschien unter dem Titel „Eine Spitzelzentrale der Heimwehr!" ein Artikel, worin Genosse Erich Kernmayr verdächtigt wurde, ein Heimwehrspitzel zu sein.

Paar Tage darauf erschien eine Flugblattschrift des Mahnruf unter dem Titel „Kernmayr als Heimwehrspitzel entlarvt". Als Verleger und für den Inhalt des Flugblattes verantwortlich zeichnete derselbe Daniel. Er und seine Freunde verbreiteten dieses Flugblatt in Graz.

Dieses Flugblatt enthält unter anderem auch die Lüge, daß die Genossen der Arbeiter-Sportsektion Graz und der „Roten Feuerreiter" von Eggenberg Kernmayr als Heimwehrspitzel gerichtet hätten. Das war und ist eine Lüge, das Gegenteil war und ist wahr: Kernmayr genießt das volle Vertrauen der Sportsektion und der Roten Feuerreiter.

In Nr. 32 hat der Mahnruf, für den derselbige Daniel als Herausgeber, Verleger und verantwortlicher Redakteur zeichnete, dieses Flugblatt abgedruckt.

In derselben Nummer 32 des Mahnruf nun erschien eine „Erklärung der Bezirksleitung der Grazer Mahnrufgruppe, gezeichnet von Koch, Konrad, Pendl, worin Kernmayr ausdrücklich als Heimwehrspitzel bezeichnet wurde. (Die Angaben der „Roten Fahne" vom 18. Oktober, Koch sei verantwortlicher Redakteur des Mahnruf, ist unrichtig.)

Durch Wochen trieben die Koch, Konrad, Pendl und Genossen, angepeitscht von Daniel, eine ununterbrochene Hetze gegen Genossen Kernmayr. Wochenlang erklärte Koch brüsk auf jede Frage, er habe eine Unmenge Beweise dafür, daß Kernmayr ein faschistischer Spitzel sei. Er und die sonstigen Werkzeuge der Daniel und Co. taten das Aeußerste, um Kernmayr möglichst zu verleumden und zu besudeln.

Koch vor allem — der Hauptschuldige aber war und bleibt Daniel und seine berühmte «Wiener Exekutive» — haben es mit allen Mitteln durchgesetzt, daß dem so infam Beschuldigten

jeder Untersuchungsausschuß,

vor dem er sich hätte verteidigen können,

verweigert

wurde. Die Genossen Franz Krug, Josef Harler und Konrad Ortner strengten sich aufs äußerste um die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses an. Vergebens. Die Daniel-Herrschaften erklärten einfach: Er ist ein Heimwehrspitzel, da gibts nichts zu beweisen ... Man hütete sich wohlweislich, einen Untersuchungsausschuß einzusetzen, eben weil man nichts beweisen konnte! Und weil der niederträchtige Verleumdungsangriff gegen Kernmayr ja nichts anderes war als ein bewußt angewendetes Kampfmittel für einen anderen, vielwichtigeren Zweck!!! Darüber wird in einem späteren Zeitpunkt mit Daniel und Co. noch gründlich vor der Arbeiteröffentlichkeit abgerechnet werden müssen!

Unter solchen Umständen blieb dem Genossen Kernmayr kein anderes Mittel, sich gegen die lümmlige Verleumdungskampagne zu wehren, als alle Verleumder, deren er habhaftig werden konnte, zu klagen.

Am 16. Oktober fand nun die erste dieser Verhandlungen statt. Vor dem Bezirksgericht Graz stand die Grazer Bezirksleitung der «Mahnruf»-Gruppe (Koch, Konrad, Pendl) wegen ihrer Erklärung in Nr. 32 des «Mahnruf».

Es war notwendig, die ganze Vorgeschichte kurz aufzuzeigen. Denn erst auf dieser Grundlage enthüllt sich die bodenlose Verantwortungslosigkeit und gemeine Niederträchtigkeit der Verleumdungskampagne gegen Genossen Kernmayr in ihrem vollen Licht.

Im «Mahnruf» erscheint eine offizielle Erklärung der Bezirksleitung der Grazer «Mahnruf»-Gruppe abgedruckt, gezeichnet mit Koch, Konrad, Pendl. Und dieselben Koch, Konrad, Pendl, die im Auftrag von Daniel und Co. herumverleumdeten, Kernmayr sei ein Heimwehrspitzel, — dieselben Helden, die

WEISSE HÖLLE

Erinnerung aus dem russischen Bürgerkrieg. Von einem Ottakringer Arbeiter.

Wir waren alle in Erwartung der Weißen! Bei den Roten ist wirklich alles in Unordnung; keine Arbeit, alles wird requiriert, kurz — nach unseren früheren Verhältnissen ein unhaltbarer Zustand. Früher gab es einen Gemeindewachmann in Uniform, einen reichen Bürgermeister, einen guten Mann, welcher das «Gute» nicht sah und das «Böse» bestrafte, Väterchen Zar und den lieben Gott .... Es kam der Umsturz und mit ihm kamen die «Roten» samt ihrer Unordnung. Jetzt wird es anders ... die Weißen müssen längstens in einer Stunde hier sein; man atmet auf, man lebt wieder, schon rüsten die «besseren» Leute, voran der Pope, zum Empfang. Endlich kommen sie ..... Salz und Brot .....

Ich war Maschinist in einer Mühle, mein Chef, ein ehemaliger Offizier, stand gerade auf dem Anger draußen; da kam eine Abteilung unter Führung eines Feldwebels. Dieser pflanzte sich breit vor dem Chef auf und schrie: «Wer bist Du? Wer wohnt hier?» Mein Chef würdigte ihn keines Blickes, der Feldwebel holte mit der Knute aus — da sprang mein Chef geschickt zur Seite, griff hinter die Türe, wo die Hundspeitsche hing — strich sie dem Feldwebel ins Gesicht mit den Worten: «Wie man mit einem Offizier und Mühlenbesitzer umgeht! Marsch von hier fort, sonst knalle ich Euch über den Haufen, Ihr Hundesöhne!» Wirklich schlichen sie davon wie geschlagene Hunde. Dies alles hatte ich von einer Fensterluke aus beobachtet ... etwas ging mir durch den Kopf ... rasch lief ich ins Nachbarhaus, um meine Wohnung zu versperren. Durch den Hof wollte ich wieder zurückgehen, als ich mit einem Kosaken zusammenstieß. «Halt! Wer bist Du?» «Kriegsgefangener.» «So» ... «bin Maschinist in der Mühle da» — «mit ihm auf's Gemeindeamt», befahl der dazugekommene Feldwebel. Ich hatte noch Zeit, einer Frau zuzurufen, sie möchte meinen Chef verständigen — Gewehre im Anschlag, ging es mit zwei Mann hin ... ich traute meinen Augen nicht, als ich in den Gang gestoßen wurde. Da gab es ja so viele Leute. Warum hatte man sie hergebracht? ... Der Gang mündete in ein Zimmer, dessen Türe offen war, über die Türe stand ein langer Tisch, auf dem ein Kruzifix, zwei brennende Kerzen. Hinter dem Tisch saßen in der Mitte der Oberst, ein schweißaufgedunsenes Gesicht, rechts von ihm der gute Bürgermeister, links der Pope, rückwärts sah man Schreiber. Eben schrie der Oberst einen 70jähr. Bauern an: «Wer ist Dein Sohn, altes Schwein?» «Ich weiß nicht, euer Hochwohlgeboren.» «Mit den Bolschewiken davon gelaufen? Was? Du Hund, ich werde es Euch allen zeigen» — Kommunismus — Fünfundzwanzig. — Ein Kosak, welcher beim Eingang stand, faßte den Alten beim Kragen, Mitritt und schrie nach ... «Fünfundzwanzig». «Der Nächste, wie heißt Du?», fragte der Oberst eine junge Bäuerin. «Wo ist Dein Mann? Du vom Teufel geschwängertes Weib!» «Verzeih, verzeiht, um Gotteswillen, ich weiß es nicht.» «So? ... Du Dirne, Du weißt nicht, wohin Dein Mann mit den Bolschewiken gelaufen! ... Fünfundzwanzig!!» ... Ich kam bei dem Fenster, von welchem man auf die Veranda sehen konnte, zu stehen! Schreckliches spielte sich nun ab. Ich, der doch im Kriege verschiedenes gesehen hatte, mußte den Blick abwenden. Die Schwäche übermannte mich; dem Greis wurde, trotz Hinweis auf sein Alter, mit Gewalt die Hose herunter gerissen. Er selbst wurde der Länge nach auf eine Wasserbank gelegt. An jeder Seite zogen ihm Soldaten Hände und Füße zusammen, damit die Haut am Gesäß sich spanne. «Wart, alter Bolschewik, jetzt sprechen Weiße mit Dir» ... ein Schlag mit dem Gewehrkolben — ein fürchterlicher Schrei — die Haut schwoll momentan riegelförmig an und platzte ... das Fleisch quoll heraus — ein zweiter Schlag — und wohltuende Ohnmacht umgab den Greis. «So, altes Schwein, das ist genug.» Mit diesen Worten wurde er in den Hof hinaus geworfen. Bei der andern Türe kam das junge Bauernweib von einem Fußtritt des Kosaken hereingeflogen. — «Ah» ... «ein rotes Kätzchen, komm her, Bestie! Wir werden Dir die Krallen stützen.» «Kinder, macht keine Witze», sagte einer, «heute ist ja viel zu tun» ... «Marsch, zieh Dich aus! Schäme Dich nicht mit dem Kittel!» Das Weib schrie und wehrte sich, doch mit ein paar derben Griffen wurde sie nackt auf die Bank befördert — «die roten Kätzchen sind nicht übel.» Bedächtig suchte er von dem Haufen Putzstöcke einen geraden heraus, stellte sich breitspurig auf und stieß wuchtig mit dem Putzstock zu ..... Fürchterliche Schreie — rohes Gelächter ... und das gebärende Weib wurde in den Hof geworfen ... Auch ich kam an die Reihe ... tausende Gedanken stürmten durch meinen Kopf; sollte ich mich auch auf die Schlachtbank legen? ..... Sollte ich mein Leben fortwerfen oder teuer verkaufen? ...

«Hallo ... her da. Wie heißt Du?» Ich konnte keine Antwort geben, sah nur, wie plötzlich mein Chef von rückwärts kommend, dem Obersten etwas in's Ohr flüsterte, dann hörte ich: «Werft ihn hinaus,» spürte den Fußtritt des Kosaken und war auf der Gasse ... der Hölle entronnen — ich konnte es selbst nicht glauben, daß ich mit eigenen Augen das gesehen; nur leider erzählten mir übrig gebliebene Krüppel, daß diese Hölle wirklich auf Erden war. Und mit dem Leben von 16 Menschen, vielen Krüppeln, wurde auf kurze Zeit wieder die Ordnung errichtet, wo es einen Gemeindewachmann, einen guten Bürgermeister und einen Popen gab. Auf kurze Zeit — sage ich; denn bald kamen die Roten wieder, aber jetzt, um endgültig zu bleiben. Sie wurden mit offenen Armen aufgenommen. Nur erst recht wußten die Einwohner, nachdem sie die weiße Hölle durchgemacht hatten, die Rote und ...

alle diese Sudelblätter mit der Verleumdung gegen Kernmayr verbreiteten — dieselben Helden, die herumschrien, sie hätten dafür ein Dutzend Beweise, erklärten vor dem Gericht: sie (Koch, Konrad, Pendl) hätten diese offizielle, in ihrem Namen und der Grazer «Mahnruf»-Leitung geschriebene Erklärung nicht unterzeichnet! Die Genossen in Wien (das können nur die vier sauberen Helden der Wiener Exekutive sein, die Daniel, Meyer, Pfneisl, Thoma) hätten das alles willkürlich gemacht. Daniel hätte ihren Namen mißbraucht..

Der Richter hat ihnen das nicht geglaubt. Es klingt auch unglaubwürdig. Dennoch ist es möglich. Die saubere «Wiener Exekutive» ist in der Wahl ihrer Kampfmittel nicht wählerisch: was ihr an politischem Schmalz fehlt, sucht sie durch unpolitische Niederträchtigkeiten zu ersetzen. Wie immer dem aber sei: selbst wenn Daniel das ohne ihre Zustimmung geschrieben hätte, hätten die Koch, Konrad, Pendl Zeit gehabt, davon abzurücken. Sie haben das Gegenteil gemacht. Sie haben gerade diese Nummer möglichst verbreitet und die Verleumdung auch mündlich herumgetragen, wo sie nur konnten. Selbst wenn es wahr wäre, daß Daniel die Erklärung ohne ihr Wissen geschrieben, so war es unzulässig, daß Leute, die selbst nach Kräften die Verleumdung verbreiten, sich so verteidigen.

Nun kommt aber erst der Gipfel. Der Richter fragte nun die Daniel-Helden, ob sie bereit sind, den Wahrheitsbeweis anzutreten für ihre Behauptung, daß Kernmayr ein Heimwehrspitzel sei. Und dieselben Daniel-Helden, die noch vor Tagen faselten von «unzähligen Beweisen, die sie in Händen haben», dieselben Daniel-Helden mit Koch an der Spitze erklärten: Ich trete den Wahrheitsbeweis nicht an!...

Wer einen Arbeiter offen, noch dazu in Flugblatt und Zeitung, der Heimwehrspitzelei verdächtigt und diesem Arbeiter unter Berufung darauf, «es sei alles bewiesen», sogar den Untersuchungsausschuß verweigert und dann vor Gericht den Wahrheitsbeweis nicht antritt, den Wahrheitsbeweis nicht einmal versucht, ja nicht einmal versucht, wenigstens seinen guten Glauben zu beweisen, für den ist kein Wort scharf genug.

Der Richter verurteilte Koch zu einem Monat, Pendl zu 14 Tagen und Konrad zu einer Woche Arrest, alles bedingt.

Für uns als Arbeiter ist nicht das gerichtliche Urteil, sondern ist die Tatsache entscheidend, daß Koch, Konrad, Pendl den Wahrheitsbeweis nicht einmal versuchten. Erst das zeigt die ganze Verantwortungslosigkeit dieser Verleumdungskampagne. Die einzige Erleichterung, die man Koch, Pendl und Konrad zusprechen kann, ist die, daß sie in der Tat von der „Wiener Exekutive" schändlich mißbraucht wurden.

Genossen von Graz! So schauen die «Mahnruf»-Helden aus! Zuerst verleumden — dann leugnen und schließlich kläglich eingestehen, daß sie für ihre Verleumdungen nicht den geringsten Beweis haben.

Das Vertrauen der Grazer Arbeiterschaft hat der «Mahnruf» und die «Mahnruf»-Gruppe endgültig verloren.

Ein Grazer Arbeiter.

Arbeiterkulturbund „SPARTAKUS"

Sitz: XVI. Koppstraße 47, Gasthaus Fanowitz. Tel. B 30-6-56.

Jeden Freitag von ½8 bis 10 Uhr abends Bildungsabende.

Wir machen auf die gemeinsam mit der K. P. Oe. (Opposition) veranstaltete, an anderer Stelle des Blattes angekündigten Bildungsabende aufmerksam.

Ausflüge.

20. Oktober: 10 Uhr, Endstation Strebersdorf. Für Nachzügler: ½3 Uhr, Magdalenenhof auf dem Bisamberg.

2. November: 1 Uhr, Neuwaldegg (Endstation 43). Wanderung nach Vereinbarung.

16. November: 1 Uhr, Pötzleinsdorf (Endstation 41). Wanderung nach Vereinbarung.

Für die Kommunistische Partei

Gegen Stalinismus und Stalinbürokratie

Die österreichischen Stalin-Bureaukraten sind aus dem Häuschen. Je näher der Tag der Wahl rückt, desto mehr schwindet ihnen der letzte Rest ruhiger Ueberlegung. Diese «Rrrevolutionäre» sind nämlich — urechte parlamentarische Kretinisten. Sie fördern treibhausartig die parlamentarischen Illusionen. Wer ihnen zuhört, muß glauben, es werde sich alles mit einem Schlag ändern, wenn nur erst einmal die Stimmen der Schüller, Benedikt, Koplenig, Tomann und Co. im Parlament «erdröhnen» werden, um ein bezeichnendes Wort der «Roten Fahne» zu gebrauchen.

Im Wahlaufruf unterlassen sie es, vom Sozialfaschismus zu reden, und sagten richtig, der Faschismus sei an der Macht, was immerhin etwas anderes ist, als ihr Gerede, daß wir in Oesterreich die faschistische Diktatur schon seit mehr als einem Jahr haben. Das bedeutet aber nicht, daß die Stalin-Bureaukraten umgelernt haben. Es ist nichts als ein dummer Wahltrick, der vermeint, die Arbeiter würden nur den Wahlaufruf lesen, nicht aber den sonstigen Text. Dort nämlich verzapfen die Helden ihren alten stalinistischen Kohl von Sozialfaschismus, daß die faschistische Diktatur in Oesterreich schon seit mehr als einem Jahr besteht, daß es sich jetzt nur noch um Verschärfungen innerhalb der faschistischen Diktatur handle und daß das Gerede vom kommenden faschistischen Staatsstreich nur Wauwau sei.

Die Wahlaussichten für die Kommunistische Partei sind objektiv sehr günstig. Viele Arbeiter sind in innerlicher Abkehr von der Sozialdemokratie. Viele Arbeiter sind entschlossen zur Demonstration gegen die sozialdemokratische Politik kommunistisch zu stimmen und dreimal so viele ringen mit diesem Entschluß, den ihnen die Stalinsche Politik und Taktik, das ganze Gebaren der Stalin-Beamten so schwer machen. Wenn etwas imstande ist, den Wahlerfolg unserer Partei zu schmälern, so sind es die Stalinschen Bureaukraten. Sie setzen ihre alte Politik und Taktik fort, mit allen Fehlern.

Auch die organisatorische Vorbereitung und Führung des Wahlkampfes ist kläglich. Nicht die Mitglieder, nicht die Funktionäre sind schuld. Sie alle, die Jugendlichen voran, bemühen sich mit allen Kräften, der Partei zum Erfolg zu verhelfen. Dennoch sind die Versammlungen meist sehr schlecht vorbereitet. Warum? Weil die organisatorische Führung versagt. Wir verweisen nur auf einen Umstand: Die Führung wirft die zur Verfügung stehenden Kräfte auf zu viele Aufgaben, zersplittert sie. Weniger wäre besser. Statt 2000 Versammlungen nur 1000 Versammlungen, jede aber doppelt so gut vorbereitet, wäre vielnützlicher. Die Referate in den Versammlungen der Partei sind zumeist sehr schlecht. Der eine oder andere Referent reißt die Sache etwas heraus — trotz der schlechten Redeanleitung. So gibt es eine Unmenge organisatorischer Mängel, die an allen Ecken und Enden aufzeigen die Unfähigkeit der Stalin-Bureaukraten. Ein Großteil der Anstrengungen der Mitgliedschaft verpufft so nur zu dem Zweck, um die Fehler der organisatorischen Führung halbwegs wett zu machen.

Was für Hohlköpfe die Stalin-Bureaukraten sind, zeigt folgende Kleinigkeit: Sie stellen in der «Roten Fahne» eine Ehrengalerie der sozialdemokratischen Kandidaten vor. Dagegen ist gar nichts zu sagen. Es ist auch vollkommen richtig, daß z. B. der «Schriftsetzer» Heinz den Schriftkasten seit langen Jahren nicht gesehen hat und daß die in der Liste angeführten «Berufe» der sozialdemokratischen Kandidaten (wodurch sie nämlich als Arbeiter hingestellt werden sollen) vielfach den Tatsachen nicht mehr entsprechen. Gleich neben dieser Ehrengalerie bringt die «Rote Fahne» die Kandidatenliste der Kommunistischen Partei, worin z. B. Tomann als «Silberschmied», Koplenig als «Schuhmacher» dargestellt werden. In Wirklichkeit sind sie schon seit langen Jahren Parteisekretäre. Die Stalin-Bureaukraten machen also denselben Schwindel wie die sozialdemokratischen Bureaukraten. Und so stockdumm sind diese Stalin-Beamten, daß sie ihren eigenen Schwindel gleich neben ihre Kritik an dem sozialdemokratischen Schwindel placieren. Für wie dumm müssen diese Hohlköpfe die Arbeiter halten, wenn sie glauben, daß die Arbeiter das nicht bemerken. Das ist eine Kleinigkeit, aber sie ist bezeichnend dafür, wie wenig Gehirnschmalz die Stalin-Bureaukraten haben, sogar in solchen Dingen, an denen ihnen selbst ohne Zweifel sehr viel liegt.

So durchschlagend ist die Wahlkampagne der Stalin-Bureaukraten, daß die Sozialdemokratie bis jetzt imstande ist, trotz der unverkennbaren Unzufriedenheit vieler Arbeiter mit der Sozialdemokratie, sich jede Polemik gegen die «Rote Fahne» völlig zu ersparen. Die Kommunistische Partei ist und bleibt die Kommunistische Partei, trotz Stalin-Politik, trotz Stalin-Bureaukratie.

Unsere Wahlparole ist kein Trick. Wir wissen, daß der Stalinismus hochgekommen ist auf dem Boden der großen Niederlagen der proletarischen Revolution. Stalin und seine Bureaukraten sind die Nutznießer und — Strategen der großen Niederlagen der proletarischen Revolution. Der Stalinismus mit seiner Bureaukratie wird verschwinden, wird von den revolutionären Arbeitern mit naßen Fetzen davongejagt werden, sowie der Boden schwindet, auf dem er erstanden ist. Die linke Opposition hat die Stärkung der Partei nicht zu fürchten. Im Gegenteil! Je mehr Arbeiter zur Kommunistischen Partei stoßen, desto größer muß und wird werden die Kluft zwischen den revolutionären Bedürfnissen der der Partei zuströmenden Arbeiter und der nichtrevolutionären Politik, der nichtrevolutionären Organisationsmethoden des Stalinismus und seiner Bureaukraten. Im Interesse der Gesundung der Partei traten wir immer ein, treten auch heute ein und werden auch weiterhin eintreten für die Stärkung der Kommunistischen Partei. Wir sind ein Teil der Kommunistischen Partei. Wir sind nicht freiwillig außerhalb der Partei. Die Stalin-Bureaukratie hat uns aus der Partei gestoßen, um ihre Wirtschaft etablieren und fortführen zu können. Wir sind gezwungenermaßen außerhalb der Partei, wir waren und sind die aus aufgezwungener Not geborene Fraktion zur Erkämpfung der Gesundung der Kommunistischen Partei.

Daß wir unserer Partei, der Kommunistischen Partei, äußerste Wahlhilfe leisten, das wissen die Stalin-Bureaukraten sehr genau. Und dennoch: statt sich darüber zu freuen, schreien sie Zetter und Mordio. Die Herrschaften haben nämlich — Angst! Sie haben der Mitgliedschaft eingeredet, die linke Opposition sei gegen die Partei. Nun sehen die Mitglieder, daß das nicht wahr ist. (Sie würden es noch deutlicher sehen, wenn nicht die Führung der «Mahnruf»-Gruppe den groben Fehler gemacht hätte, auf die Kandidatenliste gestellt werden zu wollen. Das hat den Stalin-Bureaukraten das billige Argument geliefert, sie zu beschuldigen, daß sie von der Partei ein Mandat wolle. So sicher nämlich glauben die Stalin-Bureaukraten schon über Mandate verfügen zu können ...)

Wir dürfen uns nicht beirren lassen. Mögen die Stalin-Bureaukraten schreien was sie wollen. In allem, was wir tun, arbeiten wir trotz des Stalinismus, trotz der Stalin-Bureaukratie für unsere Partei, für die Kommunistische Partei, für die Gesundung der Kommunistischen Partei. Darum wählen wir kommunistisch. Darum sagen wir aber gleichzeitig den Mitgliedern die unverblümte Wahrheit über den Stalin-Bureaukraten, wie der Teufel das Weihwasser. Und gerade, weil wir den Parteimitgliedern in einer nicht abzuleugnenden Weise zeigen, daß wir für die Partei sind — gerade darum fürchten die Stalin-Bureaukraten unsere Kritik am Stalinismus desto mehr. Wichtiger als die ganzen Wahlen, wichtiger als das Wohl und Wehe der Partei ist ihnen, — daß sie oben bleiben. Oben bleiben, auch wenn die Revolution, auch wenn das Proletariat, auch wenn die Sowjetmacht, auch wenn die Kommunistische Partei darunter leidet, das ist die eigentliche Hauptlosung des Stalinismus. Mögen die Stalin-Bureaukraten schreien was sie wollen, mögen sie sich heiser kreischen über den «Bankrott» der Trotzkysten — wie oft haben uns diese Jämmerlinge schon für tot erklärt! ... —, wir arbeiten unbeirrt für die Kommunistische Partei — gegen den Stalinismus, gegen die Stalin-Bureaukratie, wir arbeiten unbeirrt für die Gesundung der Kommunistischen Partei. Die Zeit naht, wo die Parteimitglieder zusammen mit der Linksopposition abrechnen werden mit den bankrotten Stalin-Bureaukraten!

Nicht verwechseln!

Die Sowjetbetriebe sind sozialistisch. Die sowjetrussischen Betriebe sind formell und tatsächlich Eigentum des proletarischen Staates, ihr Mehrprodukt fließt dem proletarischen Staate zu. Lenin und Trotzky haben den Sowjetstaat geschaffen, sie sind es, die auch die sozialistische Industrie geschaffen haben.

Lenins und Trotzkys Aufbau. Lenins und Trotzkys Aufbaupolitik war sozialistisch, sie hat fortschreitend die sozialistischen Elemente gestärkt, die kapitalistischen Elemente geschwächt (auch dann, wenn sie zu vorgeschobene Positionen räumte: Nep.).

Stalins Aufbau, Stalins Aufbaupolitik ist nicht sozialistisch, denn in ihrer Gesamtwirkung führt sie zur fortgesetzten Schwächung der sozialistischen, zur Stärkung der kapitalistischen Elemente, zur Stärkung der kapitalistischen Tendenzen, der kapitalistischen Gefahr.

Dennoch sind die Sowjetbetriebe auch heute sozialistisch. Sie sind formell und tatsächlich Eigentum des Sowjetstaates, ihr Mehrprodukt fließt dem Sowjetstaat zu, der Sowjetstaat aber ist proletarischer Staat trotz Stalin.

Stalins Aufbau beweist die ungeheuere Ueberlegenheit der sozialistischen Produktionsmethoden über die kapitalistischen Methoden der Entwicklung der Produktivkräfte. Aber nicht deshalb, weil etwa Stalins Aufbaupolitik sozialistisch wäre: denn sie verschiebt fortgesetzt das Kräfteverhältnis zwischen Proletariat und Bourgeoisie zum Nachteil der Arbeiterklasse. Sondern gerade deshalb, weil und trotzdem Stalins Aufbaupolitik nicht sozialistisch ist! Wenn schon mit und trotz der stalinschen Aufbaupolitik solche Leistungen möglich sind, zu welchen Leistungen erst ist der proletarische Staat fähig, wenn er seine Aufbaupolitik, seine Gesamtpolitik im Einklang hält mit den realen Kräften und sie nicht beschränkt auf die nationalen Kräfte, sondern es versteht, durch internationale revolutionäre Realpolitik die Kräfte des gesamten Weltproletariats für den wirtschaftlichen Aufbau des proletarischen Staates in Bewegung zu setzen! Mit einem Wort: Zu welchen ungeheueren Leistungen erst ist der proletarische Staat fähig, wenn er auf der Linie einer sozialistischen Aufbaupolitik geführt wird, das heißt einer solchen, die fortschreitend wirklich die sozialistischen Elemente stärkt, die kapitalistischen Elemente schwächt!

Aus der Opposition

Zentraler Diskussionsabend, Montag, den 3. November, in Aumanns Gasthaus, XVI., Hasnerstraße 46, abends halb 8 Uhr. Thema: Strategie und Taktik des proletarischen Klassenkampfes.

Auf jedem Stadtbahnperron

kannst du für 15 g die «Arbeiterstimme» kaufen!

Berichtigung. Im Wahlaufruf Nr. 60 muß es richtig heißen: Soll sie als nationale Diktatur das Mittel sein zum Anschluß an ein Hohenzollern-Deutschland oder als klerikale Diktatur zur Wiedereinsetzung der Habsburger: diese Frage scheidet unausgesprochen ...

Eigentümer: Kommunistische Partei Oesterreichs (Opposition). — Herausgeber und Verleger: Josef Frey, XII., Schönbrunnerstraße Nr. 236. — Verantwortlicher Redakteur: Max Stiptschitsch, Wien, XVI., Sautergasse 27. — Druck: «Inva», Wien, VII.

Abonniere die Arbeiter-Stimme!

Durch ein Abonnement (zehn Nummern S 1.50 samt Porto für Oesterreich) bekommst Du sie zur richtigen Zeit und sicher in die Hand.

Spendet Presse- und